

„Feuerwerk“ oder „Murks“?

Regierungslager und Opposition in der dritten Lesung des Etats

„Ring frei zur letzten Runde“ hieß es in der Debatte um den Landeshaushalt für das Jahr 2008. Kurz vor Weihnachten traten in der dritten Lesung die Spitzen von Koalition, Opposition und Regierung an, um ihre politischen Absichten und ihre politischen Gegenvorstellungen zu formulieren. Die Argumente zu den Einzeletats und ihren Positionen waren in den beiden Lesungen zuvor ausgetauscht worden, jetzt ging es um die große Linie - und darum, wem es am besten gelingt, die öffentliche Meinung auf seine Seite zu ziehen.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, kam am Schluss ihrer Rede zu dem Urteil: Der Haushalt des kommenden Jahres zeige keine solide und verlässliche Politik, „das ist und bleibt Regierungsmurks, das ist Pusch am Land“. Der Ministerpräsident habe zu Beginn seiner Regierung ein „großes Regierungsf Feuerwerk“ angekündigt. Gehalten habe Rüttgers wenig. „Ihr Motto bleibt: versprochen – gebrochen“. Die Ernüchterung sei inzwischen überall im Land eingezogen. Spätestens mit diesem Haushalt wüssten die Menschen, „dass Ihre vermeintliche Kernkompetenz, der gewissenhafte Umgang mit dem Geld der Steuerzahler, nur Effekthascherei und Wahlkampfretorik war“. Die Defizite seien offenbar. In der Bildungspolitik werde nicht die beste Bildung für alle geboten. Bei Innovation und bei wirtschaftlichem Fortschritt lasse die Regierung Ideen und Impulse vermissen. Der vom Staat geforderte Ausgleich der Fliehkräfte im sozialen Zusammenleben bleibe aus. Hier habe die SPD klare Vorstellungen. Die Regierung verfüge dagegen nur über die „Rezepte von gestern“, fand Kraft und fuhr fort: „Es bleibt dabei: Wir sind das Original, Sie sind die Kopie, wenn es um die Balance von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt geht“. Nach dem Urteil von Münster, das die Landesregierung zur Zurückzahlung an die Gemeinden verurteilt habe – es sei im Übrigen das zweite Mal, dass Finanzminister Linsen vom höchsten Gericht einen Verfassungsverstoß seines Haushalt bescheinigt bekommen habe – denke die Regierung schon jetzt darüber nach, wie sie den Kommunen die 1,6 Milliarden Euro, die sie in diesem und den folgenden Jahren aus Düsseldorf zu erwarten hätten, an anderer Stelle wieder abknöpfen könne. Das sei ein „Skandal“. Der Haushalt 2008 sei jedenfalls das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt sei.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, vermisste bei den Sozialdemokraten ein politisches Konzept. Stattdessen würden Vorschläge vorgelegt, die mit „Luftbuchungen“ gegenfinanziert werden sollten. Die Koalition und Landesregierung mit Jürgen Rüttgers an der Spitze gestalten und veränderten das Land, um es und seine Bürgerinnen und Bürger an die Spitze in Europa zu bringen: „Das passt Ihnen nicht“, hielt er der

Oppositionssprecherin vor. Das versprochene Feuerwerk sei tatsächlich gelungen, gab er kontra: Erstmals unter 800.000 Arbeitslose, der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt in NRW höher als im Bund, 2,2 Prozent mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und in einem Jahr mehr als 20-mal so viel Mittel für den Bau von Straßen als unter Rot-Grün. Das sei Aufbruch, Investition in die Zukunft. Wie „Mehltau“ habe der von Rot-Grün verursachte Investitionsstau das Land überzogen, der sie jetzt überwunden. Rot-Grün habe zu Regierungszeiten versäumt, die Betreuung für die unter Dreijährigen auszubauen, Ergebnis: Platz nur für jedes 35. Kind. 2010 gebe es in dieser Gruppe



Hannelore Kraft (SPD)

eine Betreuungsmöglichkeit für jedes vierte oder fünfte Kind. „Sie haben versagt, uns einen Riesenschuldenberg hinterlassen, den wir jetzt dabei sind abzubauen“, stellte der Fraktionsvorsitzende fest und erteilte den Bemühungen der SPD eine Absage, „die Koalition in einen Schulkampf zu zwingen“. In der Schulpolitik setze die Union auf Qualität und Evolution. Die SPD dagegen wolle Schulen abschaffen und Schilder austauschen, auf denen dann „Einheitsschule“ stehe. Wie bei der Steinkohle sei man auch hier „von gestern“. Stahl zum Schluss: „Nordrhein-Westfalen ist das Land der Zukunft mit diesem Ministerpräsidenten. Glückauf und ein gutes neues Jahr“.

Die Konfrontation:
Jürgen Rüttgers (CDU) und
Hannelore Kraft (SPD)

Fotos: Schälte

Dr. Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion, zog ein positives Fazit gelb-schwarzer Politik: Zum dritten Mal in Folge sei es gelungen, die Nettokreditaufnahme zu reduzieren. „2006 sind wir mit 3,2 Milliarden Euro gestartet, 2007 sind 2,3 Milliarden Euro veranschlagt und für das nächste Jahr haben wir die Nettoneuverschuldung auf 1,77 Milliarden Euro gesenkt“, so Papke. Damit erreiche die Nettoneuverschuldung des Landes den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Rot-Grün hingegen habe in den letzten drei Jahren der Regierungszeit 20 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Offenbar lebe die Kollegin Kraft in einem „politischen Paralleluniversum“, wenn sie vor dem Hintergrund dieser Zahlen der Landesregierung Unseriosität bei der Haushaltspolitik vorwerfe. Und auch mit Blick auf den Haushalt 2008 beantrage die Opposition Mehrausgaben in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro, ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung benennen zu können, so der Fraktionschef. Vorrangiges Ziel der jetzigen Regierung sei es, den „Verschuldungsirrsinn

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete den Haushalt als „ernüchternd, handwerklich miserabel, finanzpolitisch enttäuschend und in seiner Wirkung unsozial und ökologisch fatal“. Die selbst ernannte „Koalition der Erneuerung“ sei zur „Koalition der Ernüchterung“ verkommen. Die Landesregierung habe ihr Versprechen gebrochen, den Haushalt zu konsolidieren, Schulden abzubauen und Ausgaben zu minimieren. „Diese Landesregierung türmt Rekordschulden auf, macht Rekordausgaben – und das alles trotz Rekordeinnahmen“, so die Grünen-Chefin. An die Adresse des Finanzministers gerichtet sagte sie: „Hinter der Fassade des bürgerlichen, ehrlichen Kaufmanns sind Sie ein ganz gewöhnlicher Schuldenmacher!“ Vor dem Hintergrund sei es gut und richtig, dass das Verfassungsgericht in Münster „Ihrem dreisten Versuch, sich auf Kosten der Kommunen zu bereichern, einen Riegel vorgeschoben hat“. Auch der Versuch des Innenministers, sich das Urteil schönzureden, sei nur ein „Beweis für dessen Realitätsverlust“, so Löhrmann

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) betonte, den Menschen in Nordrhein-Westfalen gehe es dank vielfacher Bemühungen der Landesregierung wieder besser. Die Neuverschuldung sinke mit 1,77 Milliarden Euro auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Außerdem habe die Zahl der Arbeitslosen mit 782.140 Menschen das niedrigste Niveau seit sechs Jahren erreicht. Mit über 132.000 Verträgen sei zugleich die Zahl der Ausbildungsplätze auf das beste Ergebnis seit 1991 erhöht worden. Den Bürgerinnen und Bürgern dankte Rüttgers für ihren „Beitrag zum Aufschwung“, den sie etwa durch Verzicht auf Lohnerhöhungen geleistet hätten. Deutlich sei die Bereitschaft vieler Unternehmen zu spüren, in Zukunftsbranchen zu investieren. Zu diesem Wandel habe auch der Beschluss zum Ende der Steinkohlesubventionen geführt. „Das Ruhrgebiet ist nicht mehr ein Klotz am Bein der Wirtschaft“, betonte Rüttgers. Nun komme es darauf an, den Anschluss an internationale Märkte auch durch den Ausbau der Infrastruktur zu garantieren. Der Ministerpräsident erklärte, die



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

der Vorgängerregierung“ zu beenden. Das sei „oberstes Gebot der Generationengerechtigkeit.“ Mit dem Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau, dem Hochschulfreiheitsgesetz, der Reform der Gemeindeordnung, dem Abbau von Bürokratie und überflüssigen Verwaltungsstrukturen sowie dem Landespersonalvertretungs- und dem Kinderbildungsgesetz habe Gelb-Schwarz „Meilensteine in der Landespolitik“ gesetzt. Papkes Resümee: „Wir haben in diesem Jahr viel zusammen geschafft, und wir werden auch im nächsten Jahr nicht auf Halten spielen, sondern wir werden gemeinsam weiter stürmen.“

weiter. Ihr Zwischenfazit nach zweieinhalb Jahren schwarz-gelber Regierungsverantwortung: Ob Kinderbildungsgesetz, ob Lehrerstellen, ob Studiengebühren – all das biete Anlass zur Ernüchterung. Erwartungsgemäß schlecht auch die Bilanz im Bereich Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz: nichts als „Abbau und Zerschlagung“. Beim Klimaschutz sei der Ministerpräsident „näher bei Georg W. Bush als bei der Kanzlerin“. Löhrmann schloss ihre Rede mit einem Zitat des französischen Philosophen Montaigne: „Jedem kann es mal passieren, dass er Unsinn redet. Schlimm wird es erst, wenn er es feierlich tut.“

Landesregierung werde alles dafür tun, um umweltschonende Kraftwerkstechnologien weiter zu entwickeln. „Klimaschutzregeln dürfen aber nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen“, stellte er klar. Ein weiteres Ziel sei der Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder um 70.000 Plätze bis 2010 und die Einrichtung von über 5.000 neuen Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr. Mit Blick auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hartz IV-Verwaltung sprach sich der Ministerpräsident für eine Kommunalisierung dieser Aufgabe aus. Zuvor müsse jedoch die Mitfinanzierung durch den Bund gewährleistet werden. ■